

Was ist „nationale Einheitsfront“?

(Die Antwort der Textilarbeiterschaft)

Durch ihren Widerstand gegen die Holz- und Kohlenlieferungen gab unsere Industrie Frankreich den Vorwand zum Einmarsch; den Einmarsch benutzte sie sofort wieder zu mehrfachen Kollern, Eisen und Stahl zu erhöhen. Die Arbeiterfront hat nicht nur die Industrie heimlich „Bezugsgegenstände“ ein; Klagen über den Ausdecker beantwortet sie mit jeder Stimme mit der so geliebten Ausrufe:

„Frankreich ist an allem schuld.“

Die Industrie hat davon doppelten Gewinn. Sie müßt die Verantwortung für ihre Vorkriegsplünderung auf Frankreich und kann dabei um so ungeschwieger ausbleiben. Je tiefer sie trägt sie zur Entladung der nationalitätlichen Leidenschaften unter den Massen bei. Das aber

gefährdet den Bestand jener Organisationen, die allein proletarischen Interessen dienen: der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien. Arbeiter laufen den Nationalisten nach, deren Ziel es ist, die unbenutzten Gewerkschaften zu zerstören; Arbeiter begeben sich zu Kundgebungen der Monarchisten und reaktionären Vorkämpfer. Auf diese Weise werden die Arbeiter dazu verleitet, die Volksworte selbst zu zerstören, durch die sie vor dem Alleinvertreten allein bewahrt werden können.

„Einheitsfront“ hat Sinnes. Dabei denkt er an die deutschen Eisenbahnen, die er in seinen Besitz zu bringen strebt.

„Einheitsfront“ lagten die bürgerlichen Demokraten zum Königspalast in Berlin. Im Anschlag daran sangen sie das Choralied und ließen diese gemeinliche Morbiditäten hochhören.

„Einheitsfront“ lagten die bürgerlichen Separatisten. Währenddessen gründete die reaktionäre Gewerkschaften, um sie gegen Reich und Arbeiterfront gebührend zu können, treten sie die deutsche Reichsflagge in den Hut, bereiten sie Aufmärsche vor, legen sie — nicht gegen Frankreich —, sondern gegen die Lumpen von 9. November.“

„Einheitsfront“ lagten alle die, welche durch ihre Taten sich als Feinde der Republik und der Arbeiterfront erwiesen haben. Dabei verstehen sie unter Einheitsfront den Zustand, ungeachtet ihrem republikanischen und arbeitervertreterischen Treiben nachzugehen zu dürfen.

Die Reaktionärschaften der Regierung Cuno bereitet diese verdächtige Einheitsfrontarbeiten den Boden. So wäre Selbstmord, wenn nicht alsbald die parlamentarische Vertretung der Arbeiterfront der Politik Cunos in den Arm fallen würde.

(Der Textilarbeiter, Organ des freigewerkschaftlichen Textilarbeiterverbandes, 26. Januar 1923.)

Massenentlassungen von Eisenbahnern

Das ist die „nationale Einheitsfront“

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 24. Januar.

In verschiedenen Reichsbahndirektionsbezirken ereignete am Sonntag, dem 20. Januar, die Arbeiter ihre Entlassungen zugleich. Die Entlassungen sind zurückzuführen auf den bekannten Erlass Groeners vom September vorigen Jahres. Nach einer Mitteilung, die General Groener an die Reichsbahndirektoren erstellte, sollten bis 31. März insgesamt

14.518 Beamte, 7272 Arbeiter und über 15.000 vorübergehend beschäftigte Arbeiter entlassen werden.

Ein geringer Teil der Beamten wird den Finanzämtern übergeben. Die Beamten- und Arbeiterorganisationen sowie der Hauptbetriebs- und Hauptbeamtenrat haben gegen die Entlassungen Einspruch erhoben. Bei den Verhandlungen hat es sich jedoch gezeigt, daß die Vertreter der Organisationen sich nicht einig waren über die Höhe, die zu zahlen ist, um die Entlassungen zu verhindern. Während die Beamtenorganisationen verlangen, daß sich die Entlassungen auf die Arbeiter beschränken müßten, nähmen die Arbeiterorganisationen den entgegengesetzten Standpunkt ein. Groener machte sich die Uneinigkeit zunutze und verzichte nun auf den kürzlichen Wege seine Pläne in die Tat umzusetzen. In dem Erlass des Verkehrsministers vom 12. Januar wird erklärt, daß sich die Beamten- und Arbeiterverbände bei den Verhandlungen der Beamten nicht einig sein konnten, daß die Beamten an dem Gehaltsstreik beteiligt werden.

Alle Verhandlungen weisen jedoch darauf hin, daß fast durchweg die Führer des Gehaltskampfes die Klüßigung zu geistigt erhielten. Die Organisationen sehen dem Vorgehen Groeners nachteilig gegenüber. Ihre Forderungen, daß nur wirklich überflüssige Beamte und Arbeiter entlassen werden sollen, wurden durch Tatsachen widerlegt. Die Personalstatistik des Reichsbahnenministeriums zeigt, daß im letzten Jahre 40.000 Arbeiter entlassen, 15.000 Beamte im höheren Verwaltungsbereich jedoch neu eingestellt wurden. So wird es auch diesmal sein. Die jetzige Entlassungskampagne soll im 2. Quartal dieses Jahres fortgesetzt werden. Auf Grund der Personalpolitik Groeners sollen hier wiederum 40.000 Staatsbedienstete auf die Straße geworfen werden. Die arbeitervertreterische Politik der Eisenbahnverwaltung zwingt diese, den Maßnahmen der Regierung ihre Zustimmung zu geben.

Sowjet-Rußland und die Ruhrbesetzung

Der Moskauer Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ schickt seinem Blatt einen Aufsat, in dem er anfänglich der Moskauer Demokratischen Partei seinen Respekt, daß Sowjet-Rußland gegenüber dem neuesten imperialistischen Zusammenstoß im Ruhrgebiet eine „doppelköpfige Politik“ betreibt. Sowjet-Rußland sei am Westfrieden, die kommunistische Partei aber, die die Seele und der Geist der Sowjetstaaten ist, an dem neuen imperialistischen Konflikt interessiert, von dem sie den kommenden Umwälzungen gewinne.

Was hoch die Herren Bourgeois sich unnützlich die Röhre zerbrechen! Sowjet-Rußlands Interessen als Staat fallen, da es ein proletarischer Staat ist, zusammen mit den Interessen des Kommunismus, der Weltrevolution. Weder Sowjet-Rußland noch die Kommunisten sind an der Ruhrbesetzung interessiert! Sie ist eine ungeschwehete Sache für die Sozialisten, die Arbeiter und Arbeiterinnen wie für Sowjet-Rußland. Wenn aber selbst der bürgerliche Korrespondent feststellen muß:

„Sollen sich die Welt eine solche Verleumdung der Tatsachen, daß seit 1914 alle Spannungen und Probleme in Europa zu extremen Lösungen geblieben“

„So sind sich die Kommunisten dieser Tatsache noch viel mehr bewußt, sie stellen sie in Rechnung und bereiten die Arbeiter darauf vor, sie für die Erfüllung ihrer sozialistischen Aufgabe einzusetzen zu nutzen, statt, wie die Sozialisten es tun, vor den drohenden Konflikten die Augen zu verschließen, um im Augenblick der Katastrophe die Arbeiter in den Dienst ihrer Bourgeoisie zu stellen.“

Die Mitglieder einer „doppelköpfigen Politik“ Sowjet-Rußlands sollen nur dazu dienen, den Arbeitern die Leinwand zu verbergen, daß nur der Weg, den das russische Volkswort befolgt hat, nämlich zur Verwirklichung der sozialistischen Unternehmung wie auch von kapitalistischer Ausbeutung, zur Freiheit und zum Weltfrieden führt.

Wie sie uns ausplündern!

Prozentpatrioten bei der Arbeit

Düsseldorf, 23. Januar.

Der gemeinschaftliche Richtpreisauflauf des deutschen Stahlbundes erhöht heute den Zehmschmelzgrundpreis von 406 000 Mark auf 576 000 Mark. Die Erhöhung beträgt also 40,88 Prozent des bisherigen Preises. Im gleichen Prozentsatz wurden die Preise für die übrigen Richtpreislieferanten erhöht. Der Richtpreis für Lieferung in Siemens-Martinbegaselie wurde von 35 000 Mark auf 100 000 Mark für Stabeisen und für die übrigen Richtpreislieferanten entsprechend erhöht. Der Verein deutscher Eisenwerke, Eisenwarenverband zu Düsseldorf, hat die betreffenden Gültigkeitsregeln für die Zeit vom 24. Januar 1923 bis auf weiteres um 43 vom Hundert erhöht.

Steuergelder der Arbeiter für die „notleidende“ Industrie

Die Regierung findet nicht nur Arbeitersteuergelder der Kohlenbaronen. Sie zieht ihnen auch Entschädigungen für angelegte Sanctionsschäden, Arbeiteraufschubsträge. Die proletarischen Arbeiter geben so mehr Geld für die notleidende Industrie.

Im „Berliner Tageblatt“ fand vor kurzem zu lesen: „Ein neues Hüßten- und Walswerk des Kaiser-Konzerns. Wie aus dem Vorbericht des Reichstages ersieht, wird die Erweiterung der Kaiser-Konzerns aus den Entschädigungsleistungen, die ihm vom Reich unter der Bedingung des Wiederaufbaus gewährt worden sind, im Amt Kautel, das zum Landkreis Dortmund gehört, als Ersatz für die in Vorlesingen verloren gegangenen Anlagen, am Rhein-Nahe-Kanal ein großes Hüßten- und Walswerk zu errichten. Das Werk wird auf Arbeiterviertel Platz in der Nähe der Schächelung des Kaiser-Konzerns und Bergwerksbetriebs errichten. Die der Erweiterung bedingenden Industrieforderungen des Kaiser-Konzerns mit bedauerlichen Zeichen und Nebenanlagen liegen nämlich im nördlichen Teil des Amtes Kautel, um den Bahnhof Kautel herum, der das Bergwerkszentrum einer der umfangreichsten Industriezentren des Reiches bildet.“

Arbeiter, wie lange wollt ihr das noch dulden? Wie lange sollt ihr noch die Kapitalisten ihre Taschen mit Euren Steuergeldern vollstopfen?

Hundert Milliarden der Agrarapitalisten geschenkt

Wer zweifelt an der Demokratie der Eiserenpöbels? Den Kohlenbaronen fluden sie 40 Milliarden Kohlensteuern, den Zehngewinnlichen gibt sie Milliardenzuschüsse (angelehnt zur Lohnauszahlung während im gleichen Moment diejenigen Unternehmer sich weigern, den Arbeitern die Löhne, an denen sie notwendig werden müßten, zu bezahlen). Den Unternehmern ermöglicht die Milliardengewinne durch den Lohnabzug, ihr Reichsfinanzministerium stellt unter Umgehung des Reichstages im Verordnungswege den Kapitalisten für angelegte Sanctionsschäden aus dem Steuereinkommen der Arbeiter über 100 Millionen zu.

Wo bliebe die Demokratie, wenn nicht auch die Agrarapitalisten etwas abbekämen?

Und sie bekommen es. Die verschiedenen Regierungen verpacken ihre Demänen an Agrarapitalisten. Allein der preussische Staat verleiht über 1 1/2 Millionen Morgen Domänenbesitz, der fast gänzlich in Pacht gegeben ist. Vor Morgen bezahlten diese Domänenpächter nach dem im letzten Jahre gegebenen Bericht 5,5 Mark (im Wertes fünf Mark und fünfzig Pfennige) pro Morgen als Pacht. Die Domänenpächter zahlen aber einen Teil dieses Geldes in Unterpacht weiter. Sie verlangen drei Zentner Weizen als Pachtgeld. Drei Zentner, das sind gegenwärtig etwa 100 000 Mark. Die Regierung selbst hat in einem Fall,

Cachin vor dem Untersuchungsrichter

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 23. Januar.

Geselle Cachin gab nach seiner Verhaftung vor dem Untersuchungsrichter eine Erklärung ab, die u. a. folgende: „Ich protestiere gegen die Anlage, die m. E. rein politischer Natur ist. Wie ich weder eines Komplotts, noch eines Attentats beschuldigt werden kann, so kann ich auch nicht als Teilnehmer an einer kommunistischen Propaganda in enger Verbindung mit der Partei und mit der Internationale beteiligt habe. Mit meiner Verhaftung wollte man den Rechtsparieren eine Genugung geben. Ich betrachte es als charakteristisch, daß 200 meiner Kollegen in der Kammer lag, gegen die Verurteilung ausgesprochen haben, deren Gegenstand ich bin. Um mir einen Entschuldigungsgrund zu geben, wird mir vorgeworfen, daß ich bereits im Gerichtsverfahren“

Die Zentrale der RFR, erklärt anfänglich der Verhaftung Cachins einen Aufruf an das Volk. Es heißt darin: „Die Verhaftung von Marcel Cachin kann nur die proletarische Aktion gegen das Ruhrunternehmen fördern. Der kommunistische Widerstand ist sich in keinem Moment im Verdange, nachdem er der Ruhrbesetzung und der Regierung Poincaré einen tüchtigen Schlag bereitet hat. Die moralischen Sieger der letzten Kammerung war der Kommunismus und Marcel Cachin. Die Partei wird ihre Zeit nicht mit leeren Klagen zubringen. Ihre Aufgabe ist es, mit größerer Entschlossenheit denn je zuvor gegen das wahllose und schamlose Unternehmen der französischen Kapitalisten zu kämpfen. Auf die Verhaftungen, die auf Seite des Hüttenbetriebes erfolgt sind, werden wir antworten, indem wir unsere Aktivität und Energie innerhalb des Aktionskomitees verdoppeln. Die Verurteilungen, die das Aktionskomitee organisiert, werden in Paris und an allen anderen Orten des Landes große Wirkung. Sie drei Zehner haben wir keine entsprechenden Worte gesucht. Das Volk wache! In Paris werden unsere Gedanken geäußert sein, als in Freiheit. Aber diejenigen, die an der Verhaftung schuld sind, werden nach dem Zusammenbruch einer Schandtat, die Europa an den Rand des Krieges bringt, mit gutem Gewissen zu fährten haben, daß man sie selbst ins Gefängnis legt.“

Massenversammlungen gegen die Ruhrbesetzung

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 23. Januar.

Das Aktionskomitee gegen den Krieg setzt seine Propagandaarbeit eifrig fort. Hier fand eine Reihe von Massenversammlungen statt, die insgesamt über fünfzig waren. Es sprachen Genossen von der RFR, und vom Komitee Gewerkschaftsbund. Für den Geist der Versammlungen ist eine Resolution charakteristisch, die in der Versammlung im 17. Pariser Stadtteil angenommen wurde:

„Die Arbeiter des 17. Arrondissements, die auf dem Aufruf des Aktionskomitees hin zusammengelassen sind, solidarifizieren sich mit das entschlossene und den Genossen, die wegen ihrer Aktion gegen die Ruhrbesetzung verhaftet wurden. Sie sind der Meinung, daß die Ruhrbesetzung nur das Elend der deutschen Arbeiter vermehren kann, die durch den Versailles Vertrag erhöht wurden, und daß die Ruhrbesetzung die Gefahr eines neuen Weltkrieges herbeiführt.“

Dollar heute vormittag 21 100 Mark, still

von dem Siedlungsband angekauft, einen Unterpachtzins auf zwei Zentner, gleich 2000 Mark, als angemessen erklärt.

Nimmt man selbst an, die Pächter bezahlten durchschnittlich 100 Mark pro Morgen der preussischen Regierung, so ergibt sich, daß der preussische Staat gegenwärtig den einzelnen Agrarapitalisten über 60 000 Mark pro Morgen in die Hand gibt. 1 1/2 Millionen Morgen ergeben also ein Hundertmillionen Pfund an die Agrarapitalisten.

Welche Regierung macht derartige Geschenke an die Agrarapitalisten während zur gleichen Zeit die Arbeiter unter den fürchterlichen Steuerlasten sinken auf dem Boden gedrückt werden und das Defizit des Haushaltes ins Unermessliche steigt? Die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun und des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Seeger. Die Löhne des sozialdemokratischen Führers sind der Lohn des anderen wert. Robert Schmidt handelt den Kohlenbaronen 40 Milliarden, Herr Braun und Herr Seeger scheuchen den Agrarapitalisten 100 Milliarden.

Nationalistischer Bettel für das Ruhrgebiet

(Eigener Bericht.)

Berlin, 24. Januar.

Wie die Ull. mitteilt, beauftragt die Reichsregierung für das Ruhrgebiet eine allgemeine Sammlung durch das ganze Reich zu veranstalten. Der Zweck dazu ist nachschuldig heute veröffentlicht worden. Die Zustimmung der Bundesregierungen ist eingeholt und geklärt von der bairischen Bundesregierung bereits erteilt worden.

Die Reichsregierung folgt dem patriotischen Drängen der Bourgeoisie, die es gar nicht erwarten kann, bis sich für die an der „Westfront“ kämpfenden Ruhrdeutschen die Mittel öffnen. So hat die Reichsregierung eine Sammlung „Friede im Lande“ eröffnet, die „das Vertrauen und den Mut der Frontkämpfer fördern soll“ und für die der Verlag, d. h. Hugo Sinnes, den Betrag von 5 Millionen gestiftet hat. Die Mittengesellschaft Sedwigsbüche hat anlässlich der Probefahrt eines neuen Dampfers dem Überbürgermeister der Stadt Essen 10 Millionen zur Verfügung gestellt, 25 Industrielle und Großindustrielle Norddeutsche 25 Millionen, des Reichsliche und das Mitteldeutsche Braunkohleninstitut 1 Milliarde, der Nationale Klub 1,1 Millionen, vorläufig nur 4 Millionen. Die Palme im nationalistischen Sammelrummel hat jedoch ausschließlich der Sozialpatriot Auer erungen mit dem neuen Eingeldnis, daß die Arbeiter vorangehen sollten, die Bourgeoisie würde dann nachfolgen.

Dieselben Herren Kapitalisten, die den verelendeten Arbeitern keinen Pfennig Lohnerhöhung trotz zahlender Geldentwertung und Teuerung bewilligen, sie sind jetzt instand, 2 Millionen in nationaldeutsche Streifen abzuführen. Die nationaldeutsche Aneignungsmittel hat ihren guten Grund. Sie hoffen, durch den Geldentwertung im Ruhrgebiet, den sie mit ihren Millionen finanzieren helfen, Milliarden an neuen Profitten zu ergattern. Sie hoffen überdies, daß sich die Arbeiterkraft dafür hergeben wird, den Löwenanteil an diesen Sammlungen zu bestreiten.

Die Klassenbewußte Arbeiterkraft hat mit diesem patriotischen Rummel nichts gemein und muß jedem Versuch, in den Reihen der Kapitalisten solche nationaldeutsche Sammlungen durchzuführen, auf das schärfste entgegenzutreten. Wenn der Arbeiter sich das sauer verdiente Brot vom Tische abspart, dann kann es nicht für nationaldeutsche, sondern nur für proletarische Zwecke, nicht für die Befreiung verhafteter Zehngewinnlicher, sondern für die Befreiung proletarische Frontkämpfer, nicht für den Widerstand gegen die französischen Kapitalisten, sondern für den proletarischen Widerstand gegen die deutsche und die französische Bourgeoisie sein.

Konflikte bringt, wobei man die Proletarier wiederum zwingen will, sich im Interesse ihrer Regierungen gegen die Heils abzugeben. Die Verarmten protestieren aufs entschiedene gegen die militärische Operation des Poincaré die guerre und verpflichten sich, die aktive Propaganda zu unterstützen, um den Generalstreik des Proletariats gegen die Kriegskrieg zu ermöglichen. Nieder die Besetzung des Ruhrgebietes! Nieder der Krieg!

Wer hemmt die Bildung der proletarischen Einheitsfront?

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 24. Januar.

Anfolge der Zulassung der politischen Lage hat sich die Zentrale der RFR, an den Parteivorstand der RFR, und an die Leobersgruppe gemandt mit der Aufforderung zu gemeinsamen Beratungen, um die Einheitsfront zur Herkennung der proletarischen Einheitsfront

gegen nationaldeutsche Verheerung und gegen die Ruhrbesetzung. Während die Leobersgruppe sich zu Verhandlungen bereit erklärt, hat der Vorstand der RFR, um zugunsten, seine Antwort im Laufe des gestrigen Tages zu geben. Er hat Antwort ist bis gestern abend nicht eingetroffen.

Gegen den Leoberspartenismus in Bayern. In Wottentstein (Oberfr.) sollte nach dem Gottesdienst eine nationale Trauerfeier auf dem Marktplatz stattfinden; das vorgesehene Programm erlitt aber eine unbillige Störung, da sich die Musikfeste weigerte, ein patriotisches Lied zu spielen. Nach auf dem Lande bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, was von dem Leoberspartenismus die Arbeiter zu halten ist. Die fortgesetzte Verleumdung wirkt auch dort als der beste Lehrenter.

Neue nationaldeutsche Ausbreitungen in Münden. Gestern abend fand eine große Menschenansammlung vor dem Hotel „Bier Jahreszeiten“ statt. Die Direktion hat den im Hotel wohnenden Franzosen und Belgiern und auch den Mitgliedern der Ententeskommission mitgeteilt, daß sie bis zu einer bestimmten Stunde das Hotel verlassen müßten. Im Hinterzimmer wurde ein großer Saal errichtet, und unter Abkündigung der Nacht am Rhein ein Gemälde des Versailles Friedensvertrages verbracht wurde.

Ford als Gönner des Nationalsozialismus? Aus Muenster wird gemeldet, daß der große amerikanische Automobilfabrikant und Multimillionär Ford die bairischen Nationalisten mit Geldmitteln versorgt.

Die Reichswehrmacht. Die deutsche nationale Presse und andere bürgerliche Blätter kritischen sich über die Verordnung französischer Disziplinskommandeure zur Regelung der Borrellage in dem von französischer Seite neu eroberten Gebiet. Diese Heuler scheinen zu verstehen, was die deutschen Kulturträger in Vöde, Gem und in dieser Beziehung als Vertreter der jetzigen Unterwerfung den Franzosen und Belgieren vorgebracht haben.

Der Terror in Irland. In Dundoo (Irland) wurden drei Männer von einem unbekannten Verleser von Waffen hinterlegt. Die Gesamtheit dereriger Hinrichtungen beträgt nummer 38. — Aus Gort wird gemeldet: Die Regierungstruppen haben in dem Gauze, in dem Michael Collins den Tod gefunden hatte, eine Anzahl Aufständiger gefangenommen. Dabei wurden Dokumente über die Tätigkeit der Rebellen in dieser Gegend beschlagnahmt.

